



27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Gremium: Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
Sitzungstermin: Donnerstag, 20.04.2017, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam, Telegrafenberg, Haus G, Raum 3-59, 14473 Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.03.2017/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Präsentation Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
17/SVV/0014 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Golm
 - 4.2 Evaluation im Potsdam Museum
17/SVV/0161 Fraktion DIE LINKE
 - 4.3 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke
17/SVV/0220 Fraktion CDU/ANW
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke
 - 4.4 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
17/SVV/0242
 - 4.5 Aufnahme von Jakob Kaiser in den Straßennamenpool
17/SVV/0259 Fraktion CDU/ANW

- 4.6 Studentenwohnen "Zimmerfrei Aktion"
17/SVV/0283
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Jury Max-Dortu-Preis
- 6 Sonstiges



Niederschrift 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.03.2017
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:25 Uhr
Ort, Raum: Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE
Herr David Kolesnyk SPD
Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten
Herr Norbert Mensch CDU/ANW bis 19:20 Uhr
Herr Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die Grünen

zusätzliches Mitglied

Herr Eric Blume DIE aNDERE bis 19:55 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Irene Kamenz BVB/FREIE bis 19:55 Uhr
WÄHLER/FAMILIE

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff DIE aNDERE von 18:03 bis 19:55 Uhr
Herr Roman Kuffert AfD
Herr Frank Reich SPD
Frau Kerstin Walter SPD
Herr Christian Wendland Bürgerbündnis-FDP

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete Geschäftsbereich 2
Frau Dr. Birgit-Katharine Seemann Fachbereichsleiterin Fachbereich 24

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Marta Balzer	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Oud Joffe	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	nicht anwesend

Frau Anna Lüdcke	CDU/ANW	nicht anwesend
Frau Carla Villwock	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hermann Voesgen	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.02.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und
Wissenschaft
- 4 Straßenbenennung in 14473 Potsdam
Hier: Bebauungsplan Nr. 37B Babelsberger Straße, Teilbereich Friedrich-List-
Straße, 2. Änderung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0014
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Golm
- 5.2 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum
Vorlage: 16/SVV/0609
Fraktion DIE LINKE
FA, WA KIS
- 5.3 Evaluation im Potsdam Museum
Vorlage: 17/SVV/0161
- 5.4 Erinnerung an die Opfer der Ereignisse vom 16. März 1920 (Kapp-Lüttwitz-
Putsch)
Vorlage: 17/SVV/0213
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Kino Charlott
- 6.2 Jahresbilanz Volkshochschule Potsdam
- 6.3 Jury Max-Dortu-Preis
- NEU Information zur Finanzierung freier Träger
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.02.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

In Bezug auf die Tagesordnung bittet Frau Dr. Schröter den TOP 6.3 bis zur nächsten Sitzung am 20.04.2017 zu verschieben. Unter Mitteilung der Verwaltung wird Frau Dr. Seemann eine Information über die Finanzierung der freien Träger geben.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig **zugestimmt**.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob es Anmerkungen zu der Niederschrift zur Sitzung vom 16.02.2017 gebe, gibt es keine Wortmeldung. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Herr Schultheiß schlägt für die Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Mensch vor. Herr Dr. Scharfenberg bekräftigt den Vorschlag, Herrn Mensch als Stellvertreter zu wählen. Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

Frau Dr. Schröter beantragt gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf abweichend vom Wahlverfahren, **offen zu wählen**. Diesem Antrag wird einstimmig **zugestimmt**. Es gibt keine Gegenstimmen.

Die offene Wahl ergibt:

Herr Mensch erhält 7 Ja-Stimmen. Damit ist Herr Mensch als stellvertretender Vorsitzende gewählt. Das Wahlverfahren ist beendet.

Herr Mensch nimmt die Wahl an.

zu 4

Straßenbenennung in 14473 Potsdam

Hier: Bebauungsplan Nr. 37B Babelsberger Straße, Teilbereich Friedrich-List-Straße, 2. Änderung

Frau Dr. Schröter informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Herr Dr. Arlt zur Sitzung nicht anwesend sein kann. Stattdessen habe er eine schriftliche Stellungnahme eingereicht.

Frau Dr. Seemann verliest die schriftliche Stellungnahme von Herrn Dr. Arlt. Aus der Stellungnahme geht hervor, dass Herr Dr. Arlt die Benennung der Straße in „Eva-Laube-Weg“ befürwortet, da mit Eva Laube ein Bezug zu Potsdam bestehe. Eva Laube (1910 – 1968) war kommunistische Widerstandskämpferin und von Beruf Kinderpflegerin. Sie arbeitete illegal gegen das NS-Regime und wurde 1939 in Prag von der Gestapo verhaftet. Sie durchlitt die Konzentrationslager Ravensbrück und Auschwitz. Als Häftling wurde sie als Krankenschwester eingesetzt. Mit ihrem Mann Kurt Laube, wohnte sie in Babelsberg. Dort verstarb sie nach langer Krankheit 1968 und wurde auf dem Friedhof Großbeerenstraße beigesetzt. Die politisch bedeutende Petra Kelly, habe keinen unmittelbaren Bezug zu Potsdam.

Herr Fröhlich hinterfragt, ob der Name Petra Kelly trotzdem weiter im Straßennamenpool aufgeführt werde. Zumindest könne ein mittelbarer Bezug zu Potsdam durch die Partnerstadt Bonn hergestellt werden.

Frau Dr. Schröter bestätigt, dass der Name trotz dessen im Pool weiterhin bestehen bleibe.

Frau Dr. Schröter stellt die Benennung der Straße in „**Eva-Laube-Weg**“ zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **angenommen**

zu 5

Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1

Umbenennung der Karl-Liebnecht-Straße in 14476 Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0014

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

OBR Golm

Frau Dr. Schröter informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Ortsbeirat Golm den Antrag abgelehnt habe.

Frau Dr. Seemann teilt mit, dass Herr Dr. Arlt sich schriftlich auch gegen eine Umbenennung geäußert habe. Das Votum des Ortsbeirates solle respektiert werden.

Herr Fröhlich plädiert dafür, den Antrag zurückzustellen, da noch kein Votum der Universität Potsdam vorläge.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass keine dringliche Angelegenheit zur

Umbenennung der Straße vorliege. Selbst wenn sich die Universität für eine Umbenennung aussprechen würde, sollte der Ausschuss nicht gegen das Votum des Ortsbeirates stimmen.

Herr Kolesnyk nimmt Bezug auf den eingereichten Änderungsantrag seitens der Fraktion SPD. Diese sehe die Benennung von Straßen auf dem Universitätsgelände selbst vor.

Frau Anlauff hinterfragt, wie ein Votum der Universität zustande kommen sollte.

Herr Kolesnyk erwidert, dass sich die Universität bereits seit geraumer Zeit mit der Angelegenheit beschäftige. Es sei durchaus schon vorgekommen, dass Personen, die zur Universität wollten, in der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg standen und nicht in Golm. Aus seiner Sicht könne das Problem behoben werden, wenn die Straßen auf dem Universitätsgelände benannt werden würden.

Gegen die Zurückstellung des Antrags, bis ein Votum der Universität vorliege, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 5.2 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum

Vorlage: 16/SVV/0609

Fraktion DIE LINKE

FA, WA KIS

Herr Dr. Pokorny stellt mithilfe einer Präsentation den Sachstand der Erarbeitung innerhalb der Arbeitsgruppe dar. Dabei informiert er die Ausschussmitglieder über den ermittelten Flächenbedarf in Höhe von 8759 m² für eine Nutzungsdauer von 30 Jahren. Es gebe drei Varianten, die grundsätzlich möglich wären:

- Ein Zentraldepot für Museen und Archiv inkl. SLB
- Zwei Standorte: Einer für die Museen und Untere Denkmalschutzbehörde sowie ein zweiter Standort für Stadtarchiv und Zwischenarchiv inkl. SLB
- Einzel-Depots für Potsdam Museum, Naturkundemuseum, die Untere Denkmalschutzbehörde sowie das Stadtarchiv und Zwischenarchiv (Einzellösungen).

Ein Gesamtansatz sei aus Sicht der Arbeitsgruppe effizienter. Im nächsten Schritt sollen mögliche Standorte ausfindig gemacht werden, Finanzierungsmodelle diskutiert und Integrationsmöglichkeiten des Vorhabens in die Mittelfristplanung der Haushaltsplanung 2018/2019 geprüft werden. Ein Konzept würde im Herbst 2017 vorgelegt werden, so dass das Vorhaben in der Haushaltsplanung Berücksichtigung finden würde.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, einen konkreten Termin in den Beschlusstext zur Vorlage des Konzepts einzubringen.

Frau Dr. Magdowski macht darauf aufmerksam, dass es per Gesetz eine pflichtige Aufgabe sei, die Vermögenswerte der Museen zu erhalten.

Herr Mensch spricht sich für eine zentrale Lösung aus und erfragt, ob auch ein mehrstöckiges Gebäude als Archivstandort in Frage kommen würde. Dies wird seitens Herrn Dr. Pokorny bestätigt. Eine Mischnutzung, zum Beispiel Archiv und

die Nutzung von Künstlern, wäre auf Grund verschiedenster Sicherheitsauflagen nicht möglich.

Herr Fröhlich betont, dass seitens der Stadtverordneten die Bedeutung eines Depots gegenüber dem Kämmerer deutlich gemacht werden müsse. Auch er würde ein Zentraldepot favorisieren. Die Schwierigkeit bestünde darin einen entsprechenden Standort in zentraler Nähe zu finden. Realistischer sei wohl ein Standort weiter außerhalb mit guter Anbindung.

Auf die Nachfrage von Herrn Blume, ob das Gebäude der FH Potsdam eine Option wäre, erwidert Herr Dr. Pokorny, dass auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zugrunde gelegt werden müsse. Ob das Gebäude sich eignet, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Herr Wendland spricht sich gegen ein Zentraldepot aus, da es schwierig sei allen Bedarfen gerecht zu werden. Auch müsse darauf geachtet werden, dass die Anfahrtswege für die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung nicht zu lang sind.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass die Standortfrage erst konkretisiert werden könne, wenn auch ein Konzept vorliege.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig darüber, dass die Änderung der Formulierung aus dem Finanzausschuss übernommen werden sollte. Zudem solle den Stadtverordneten ein Konzept bis Oktober 2017 vorgelegt werden.

Frau Dr. Schröter stellt den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das mittel- und langfristig die Sicherung einer bedarfs- und fachgerechten Depotausstattung für **alle Archiv- und Depotangelegenheiten der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich**

- ~~die~~ **der** Stadt- und Landesbibliothek Potsdam im Bildungsforum
- ~~das~~ **des** Potsdam Museums

garantiert.

Der Stadtverordnetenversammlung soll dieses Konzept bis ~~März~~ **Oktober** 2017 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 5.3 **Evaluation im Potsdam Museum** **Vorlage: 17/SVV/0161**

Frau Dr. Schröter bringt den Antrag ein und bezieht sich dabei auf die hervorgebrachte Kritik des Museumsverbandes. Der Antrag soll darauf abzielen

in einen gemeinsamen Diskussionsprozess einzutreten. Es sei unter anderem unklar, warum beide Module unter der Überschrift „Potsdam unter den beiden Diktaturen“ stehen. Zudem wäre die Darstellung der DDR-Geschichte nicht sehr aussagekräftig.

Frau Dr. Götzmann und Frau Dr. Nitz stellen mithilfe einer Präsentation das Konzept der ständigen Ausstellung dar und gehen auf die Kritikpunkte des Museumsverbandes ein. Dabei bringen sie Argumente, die gegen die Kritik sprechen, hervor. Sie machen deutlich, dass eine Evaluation/ Neukonzeptionierung nicht sinnvoll sei. Jedoch sei das Potsdam Museum offen dafür, in eine Diskussion über die Ausstellung zu treten. Vorstellbar wäre ein Kick-Off-Meeting mit verschiedensten Akteuren, um Anregungen aufzunehmen.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass aus seiner Sicht der Antrag keine Grundlage biete und daher zurückzuziehen sei. Das Angebot des Museums, in eine Diskussion zu treten, solle angenommen werden. Auch bei einer Umformulierung des Antrags würde kein Mehrwert erkennbar sein.

Herr Dr. Scharfenberg erwidert, dass der Antrag in seiner Formulierung geändert werden könnte. Es müsse keine Evaluierung vorgenommen werden. Zudem könne man die Formulierung so vornehmen, dass dem Museum damit geholfen wäre. Dazu könne man sich gerne verständigen. Ziel sollte es sein, dass Defizit auszugleichen.

Frau Dr. Götzmann bemerkt, dass keine Defizite vorliegen. Die Forschungslücken wurden aufgezeigt. Die aktuellen Darstellungen entsprächen dem aktuellen Forschungsstand. Die Forschungen werden weitergeführt. Alle Fragen der Stadtgeschichte könnten nicht abgedeckt werden.

Herr Fröhlich begrüßt einen offenen Dialog mit dem Museum. Zudem befürwortet er den von Frau Dr. Magdowski hervorgebrachten Vorschlag, Gespräche mit dem Museum innerhalb der Fraktionen zu führen.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, den Antrag zurückzustellen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag wird bis zur Sitzung am 20.04.2017 **zurückgestellt**.

zu 5.4 Erinnerung an die Opfer der Ereignisse vom 16. März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch) Vorlage: 17/SVV/0213

Frau Dr. Seemann bringt die Mitteilungsvorlage ein. Die eingebrachte Dokumentation wurde von einem externen Historiker erstellt. Ein Gedenken an die Opfer und die Erinnerung an den Kampf gegen diktatorische Regime soll umgesetzt werden. Angedacht sei eine Gedenktafel im Umfeld des Alten Marktes. Ein konkreter Standort liege noch nicht fest.

Frau Walter begrüßt die eingebrachte Mitteilungsvorlage und die damit hervorgebrachten Informationen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, was im Jahr 2020 in dem Bereich gebaut werde, erwidert Herr Büloff, dass der Bereich Stadterneuerung mitgeteilt habe,

dass die Bauarbeiten für die ehemalige Kaiserstraße vorgenommen würden und zum 100. Jahrestag voraussichtlich noch nicht abgeschlossen seien. Andere Möglichkeiten des Gedenkens wurden besprochen, am sinnvollsten jedoch wird eine Gedenktafel angesehen.

Herr Wendland bemerkt, dass die Gestaltung von Gedenktafel für Potsdamer Plätze einheitlich vorgenommen werden sollte.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Kino Charlott

Zum Tagesordnungspunkt wird eine schriftliche Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde an die Ausschussmitglieder ausgereicht:

„Mit der Denkmalpflege wurde eine im Wesentlichen genehmigungsfähige Planung für eine Nutzung als Nahversorgungsstandort vorabgestimmt. Diese Abstimmung erfolgte vorbehaltlich der Vorlage aller dazu notwendigen Unterlagen. Die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit kann nur über eine Bauvoranfrage geklärt werden, da sich das Grundstück und die Gebäude im unbeplanten Innenbereich sowie im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB und der Gestaltungssatzung „Brandenburger Vorstadt“ befinden.

Es wurde von dem durch den Eigentümer beauftragten Planungsbüro im Oktober 2016 ein Bauvorbescheidsantrag für eine Nutzung als Nahversorgungsstandort gestellt. Dieser konnte aufgrund nicht ausreichender Unterlagen für eine Beurteilung noch nicht beschieden werden. Die Frist dafür läuft bis Mitte April.

Sollte der Bauvorbescheidsantrag zurückgewiesen werden müssen, werden die ordnungsbehördlichen Verfahren durch die Stadt wieder aufgenommen.“

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob es Anmerkungen zu der Stellungnahme gebe, wird verneint.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Stellungnahme **zur Kenntnis**.

zu 6.2 Jahresbilanz Volkshochschule Potsdam

Herr Dr. Xhyra reicht an die Ausschussmitglieder eine Mappe gefüllt mit verschiedensten Flyern der Volkshochschule aus. Mithilfe einer Präsentation stellt Herr Dr. Xhyra die Entwicklung der Volkshochschule im Jahr 2016 dar. Dabei geht er unter anderem auf die Neustrukturierung der Öffentlichkeitsarbeit, neue Kooperationspartner, Bildungsangebote zur Integration und Einnahmeentwicklungen ein. Auch gibt er einen Ausblick auf geplante Vorhaben und zukünftige Herausforderungen.

Auf Nachfrage von Frau Walter teilt Herr Dr. Xhyra mit, dass Kurse aus

wirtschaftlichen Gründen nicht durchführbar seien, wenn weniger als 4 Personen teilnehmen.

Die Mitglieder des Ausschusses sind erfreut über die positive Entwicklung der Volkshochschule und bedanken sich bei Herrn Dr. Xhyra für seine Präsentation.

zu 6.3 **Jury Max-Dortu-Preis**

zurückgestellt

NEU **Information zur Finanzierung freier Träger**

Frau Dr. Seemann reicht eine Übersicht zur Förderung der Einrichtungen freier Träger an die Ausschussmitglieder aus und erläutert die Darstellung. Aus der Übersicht geht zum einen die Grundförderung der Einrichtung und zum anderen die Projektförderungen in 2017 im Vergleich zu 2016 hervor. Die Förderung des Theaterschiffes wird zukünftig unter die Darstellung zur Förderung der Träger an der Schiffbauergasse subsumiert.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Information **zustimmend zur Kenntnis**.

zu 7 **Sonstiges**

Frau Dr. Magdowski reicht eine Kopie eines Artikels aus der Zeitung Politik & Kultur (Nr. 2/17; März-April 2017) an die Ausschussmitglieder aus und informiert, dass Potsdam im Vergleich zu München eine höhere Kulturförderung pro Einwohner aufweise.

Zudem merkt sie an, dass die Vorlage der Kulturpolitischen Konzepte als Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung durch den Geschäftsbereich 1 nicht mitgetragen werde.

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass die nächste Sitzung im GeoForschungszentrum auf dem Telegrafenberg stattfinden wird.

Frau Walter bringt zum Ausdruck, dass die Anbindung an den Telegrafenberg nicht optimal sei und berücksichtigt werden müsse, wie die Ausschussmitglieder zum Sitzungsort hinkommen und abends auch wieder weg kommen.

Herr Reich spricht den Auftritt städtischer Einrichtungen auf Facebook an und würde es begrüßen, wenn zu der Thematik Frau Dr. Sommer in einer der nächsten Sitzungen für eine Stellungnahme anwesend sein könnte.


Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Wissenschaft

Bettina Schmidt
Schriftführerin

 Landeshauptstadt
Potsdam

Projekt Archiv- und Depotflächen der LHP

Fachbereich Verwaltungsmanagement 1

Agenda  Landeshauptstadt
Potsdam

1. Projektverlauf
2. Verteilung von Archiv- und Depotflächen
3. Flächenbedarfe
4. Lösungsansätze
5. Weitere Schritte

Fachbereich Verwaltungsmanagement 2

1. Projektverlauf



Landeshauptstadt
Potsdam

In der ersten Strategiesitzung der LHP, November 2015 und in der Sonder-BK zum Haushalt 2017 im Januar 2016 wurde das Projekt dem FB 15 übertragen.

Erster Schritt: Erfassung der räumlichen, technischen und organisatorischen Anforderungen anhand von Fachliteratur und DIN 11799 und 67700.

Zweiter Schritt: IST-Erhebung der Archiv- und Depotflächen sowie der standort- und organisationsbezogenen Miet- und Nebenkosten.

Dritter Schritt: Besichtigung der Archiv- und Depotflächen, Erfassung der qualitativen Gegebenheiten.

Vierter Schritt: Ermittlung des Flächenaufwuchses anhand der Bestände in den Organisationseinheiten für das Zwischenarchiv und Stadtarchiv und für die Depots inklusive der Etablierung von Sammlungskonzepten in den Museen.

Der Flächenaufwuchs wurde für einen Zeitraum von 30 Jahren Nutzungsdauer ermittelt.

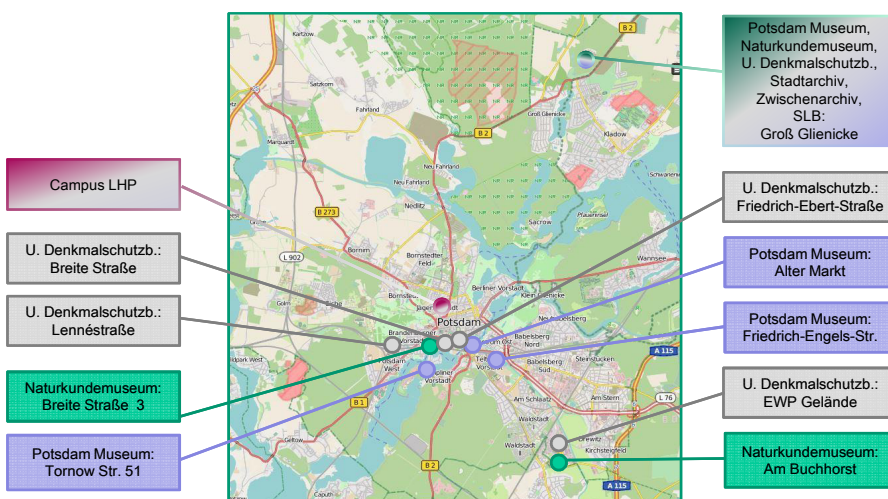
Fachbereich Verwaltungsmanagement

3

2. Verteilung von Archiv- und Depotflächen



Landeshauptstadt
Potsdam



Fachbereich Verwaltungsmanagement

4

3. Flächenbedarfe



Landeshauptstadt
Potsdam

Die derzeitigen Depot- und Archivkapazitäten der Organisationseinheiten sind nahezu ausgelastet. Die geforderten qualitativen Ansprüche an Archiv- und Depotflächen werden teilweise nicht erfüllt.

Organisationseinheit	Ist Archiv- und Depotflächen	Bedarf in 30 Jahren bei standardisierter Archiv- und Depotfläche
Stadtarchiv	850,28 m ² ³	1264 m ² ²
Zwischenarchiv	1818,64 m ² ¹	1082 m ² ²
Potsdam Museum	2487,14 m ² ¹	3014 m ² ³
Naturkundemuseum	1260,91 m ² ³	1656 m ² ³
Untere Denkmalschutzbehörde	1053,40 m ² ¹	1551 m ² ¹
SLB (nur Landesbibliothek)	301,72 m ² ¹	192 m ² ²
Summe	7772,09 m²	8759 m²

¹ Standregal ² Rollregal ³ Stand- und Rollregale

Bei der Nutzung von Standregalen werden statt 8759 m² dann 12480 m² benötigt.

Fachbereich Verwaltungsmanagement

5

4. Lösungsansätze



Landeshauptstadt
Potsdam

Welche Varianten sind **grundsätzlich** möglich?

1. Zentraldepot für Museen und Archiv *inkl. SLB*
2. Zwei Standorte: Einer für die Museen und Untere Denkmalschutzbehörde sowie ein zweiter Standort für Stadtarchiv und Zwischenarchiv *inkl. SLB*
3. Einzel-Depots für Potsdam Museum, Naturkundemuseum, die Untere Denkmalschutzbehörde sowie das Stadtarchiv und Zwischenarchiv (Einzellösungen)

Bereich/Fachbereich usw

6

5. Weitere Schritte



Landeshauptstadt
Potsdam

- Lösungsansätze und Wege zur Standortfindung für Archiv- und Depotflächen,
- Diskussion zu den Finanzierungsmodellen,
- Integrationsmöglichkeiten des Vorhabens in die Mittelfristplanung der Haushaltsplanung 2018 / 2019.

Bereich/Fachbereich usw

7

Projekt Archiv- und Depotflächen der LHP



Landeshauptstadt
Potsdam

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Fachbereich Verwaltungsmanagement

8

Evaluation und Konzeption des NS-Moduls der Ständigen Ausstellung im Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte

Präsentation im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft, 23.3.2017

Dr. Jutta Götzmann

Dr. Wenke Nitz

1. Konzept der Ständigen Ausstellung
2. Vertiefende Sonderausstellungen des Museums
3. Projekt des Museumsverbandes Brandenburg
4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums
5. Zusammenfassung



Potsdam Museum, 2013, Foto: André Stiebitz

1. Konzept der Ständigen Ausstellung „Potsdam – Eine Stadt macht Geschichte“:

- Ständige Ausstellung seit 2010 erarbeitet
- Konzeption erarbeitet unter Mitarbeit eines wissenschaftlichen Beirats mit externen Experten
- Gestaltung durch das renommierte Büro Duncan McCauley (Berlin)
- Eröffnet am neuen Standort Altes Rathaus im September 2013
- Dauerausstellungen in der Regel ca. auf 10 Jahre angelegt – grundsätzliche Überarbeitung und teilweise Neukonzeption ab 2020 (für 2023)

1. Konzept der Ständigen Ausstellung

- Konzept mit modularem Erzählen – Themen werden über größere Zeiträume verfolgt
- Modulares Konzept besitzt Flexibilität (Themen / Objekte)
- Gut 1.000 Jahre Stadtgeschichte auf 800 m² mit 500 Objekten – Raum immer begrenzt
- Weitgehender Verzicht auf Inszenierungen in der gesamten Ausstellung zugunsten einer zurückgenommenen Ausstellungsarchitektur



Blick in den Themenbereich zum NS, 2017, Fotos: Michael Lüder



2. Vertiefende Sonderausstellungen des Museums

- Erster Weltkrieg (2014)
 - Ende des Zweiten Weltkriegs (2015)
 - Geplant 2018/19: „Umkämpfte Wege der Moderne. Potsdam und Babelsberg 1914-1945“
- Potsdam als Ort des Kampfes um Gestaltungs- und Deutungshoheit seit 1918 – seit 2015 Recherchen zum Schließen von Forschungslücken der Stadtgeschichte in der Weimarer Republik und im NS



Stahlhelmtag in Potsdam, Willi Kraatz, 1932



Kapelle des Roten Frontkämpferbundes, vermutl. Ende der 1920er Jahre

3. Projekt des Museumsverbandes Brandenburg „NS in regionalen Museen“ / „NS im Museum“

- Fokus des Projekts: Bereich zum Nationalsozialismus in den Dauerausstellungen vor 1989 und heute
- Start mit Tagung im Herbst 2013 im Potsdam Museum (Publikation)
- 2015/2016 Arbeitstreffen und Workshops mit beteiligten Museen
- Abschlusstagung des Projekts im Herbst 2016 im Potsdam Museum
- Veröffentlichung der Projektergebnisse Dezember 2016 in den Museumsblättern
- Mitarbeit des Potsdam Museums (durch Archivrecherchen und Teilnahme an den Workshops)

4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums

4.1. Historisches Gebäude „verschwindet“ hinter den Ausstellungseinbauten

- Aus konservatorischen Gründen sind Fenster abgedichtet (Schutz der ausgestellten Objekte).
- Freier Blick auf den Alten Markt im Raum vor dem 20. Jahrhundert ungehindert möglich – dort auch der Vergleich mit historischen Fotografien.



Blick in Modul 8, 2013, Foto: Kienzle & Oberhammer

4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums

4.2. Kühles Design der Einbauten / Sterilität

- Grundsätzliche Entscheidung innerhalb der Konzeption
- Ständige Ausstellung folgt insgesamt einer zurückgenommenen Ästhetik. Auf Inszenierungen wird in allen Bereichen weitgehend verzichtet, so auch im Bereich zum Nationalsozialismus in Potsdam
- Nachnutzung der Ausstellungseinbauten aus der Eröffnungsausstellung „Friedrich und Potsdam. Die Erfindung (s)einer Stadt“ aus Kostengründen

4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums

4.3. Militär wird nur unter dem Zeichen des Widerstands behandelt.

- Modulare Erzählweise: Potsdam als Garnisonstadt bereits in einem früheren Teil der Ausstellung dargestellt
- Widerstand in Potsdam über die Attentäter des 20. Juli 1944 besonders signifikant – Bindungen an Potsdam



Blicke in den Bereich zur Garnison „Einquartieren und Paradieren“, 2013, Kienzle & Oberhammer



4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums

4.4. Schwerpunkt bei den Objekten im Bereich der Bildenden Kunst

Ständige Ausstellung ist eine kulturhistorische Ausstellung, in der Zeugnisse der Bildenden Künste zur Argumentation herangezogen werden. Die ausgestellten Bilder verweisen auf lokale Gegebenheiten (Siedlungsbau, Propaganda im Stadtraum, Ankäufe für das Museum etc.).

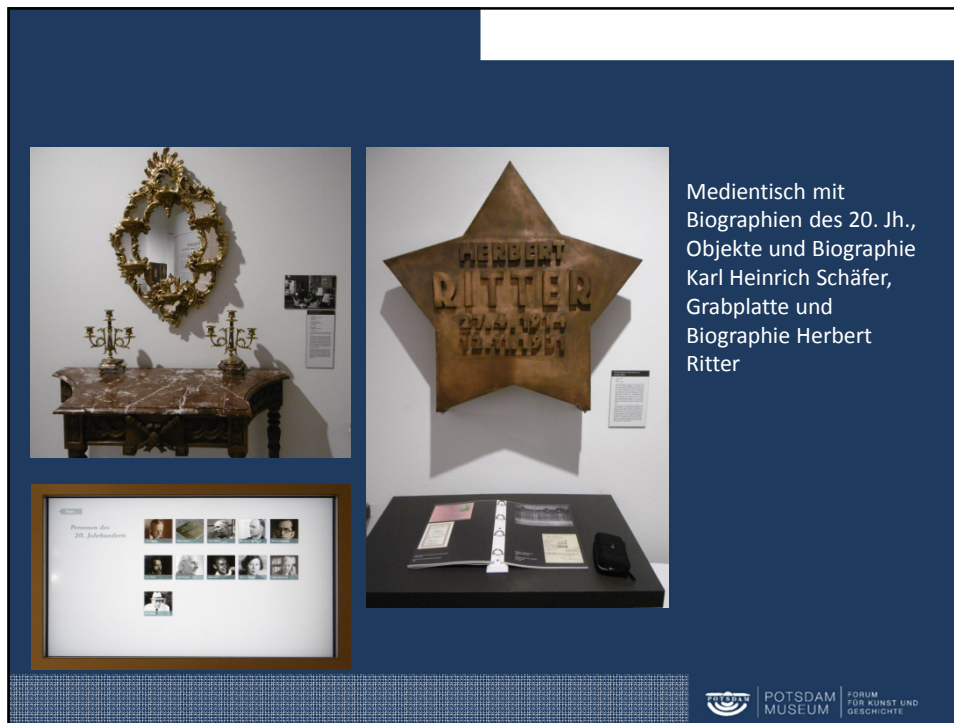
Wand im Bereich NS, 2013, Kienzle & Oberhammer



4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums

4.5. Fehlen persönlicher Geschichten

- Biographien ziehen sich als roter Faden durch die Ausstellung und sind an vielen Stellen zu finden. Für das 20. Jahrhundert steht einerseits Medientisch mit bedeutenden Potsdamern des 20. Jahrhunderts zur Verfügung (Tresckow, Heiland, Rumpf, Kann etc.).
- Darüber hinaus finden sich an den Objekten erweiterte Bildunterschriften, die bspw. Karl Heinrich Schäfer, Herbert Ritter und Ernst Kretschmann vorstellen.
- Für viele Objekte des Bestands keine lückenlose Provenienz – Geschichten fehlen oftmals.



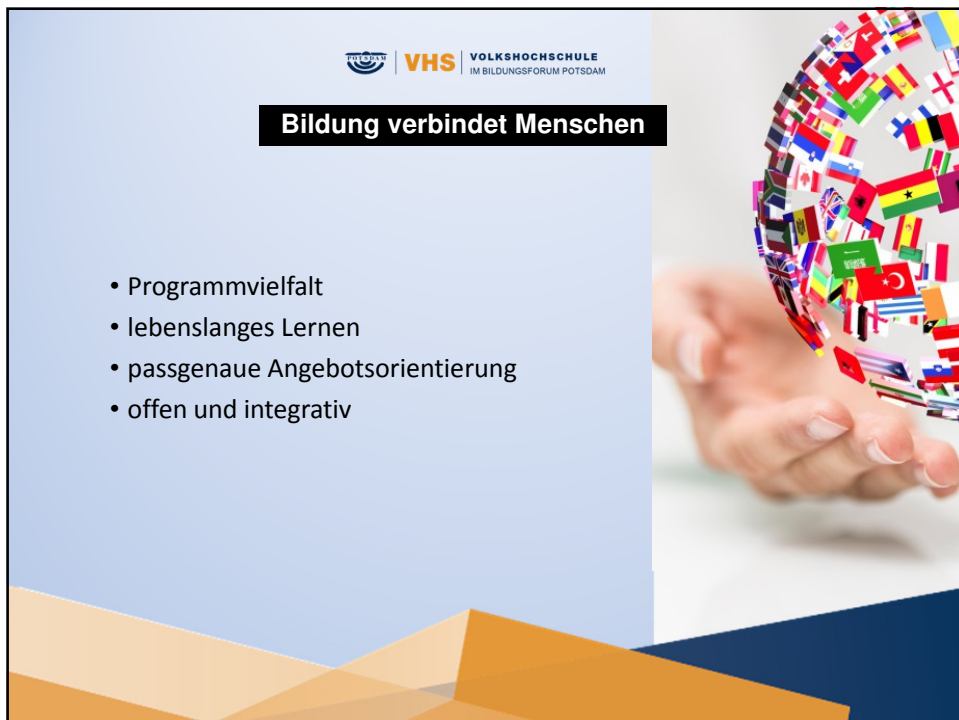
4. Kritikpunkte in der Veröffentlichung des Museumsverbandes und Stellungnahme des Museums

4.6. „Anspruchsvolle Pflichtübung“

- Beurteilung des Bereichs zum Nationalsozialismus allein aufgrund der Ästhetik/Anmutung/Raumgestaltung erscheint überzogen und inhaltlich von geringer Substanz
- Konzept der Ausstellung für NS: Überregionale Entwicklungen im lokalen Raum aufzeigen und ihre Auswirkungen auf das Stadtleben präsentieren
- Neben den Sonderausstellungen bietet das Veranstaltungsprogramm vertiefende Vorträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts in Potsdam

5. Zusammenfassung Stellungnahme des Museums

- **Keine inhaltlichen Fehler** in der Ausstellung – Evaluation/Neukonzeption sind unnötig.
- Ästhetik als Grundlage für das Urteil „Pflichtübung“ erscheint weit überzogen – Textanalysen sind nicht unternommen worden!
- **Diskussionen über die Ausstellung sind erwünscht – unterstützen unsere kontinuierlichen Erweiterungen** der Ausstellung (Medienstationen); geplant: Grafik zu Orten des NS
- Vertiefende Sonderausstellungen (Bsp. Erster Weltkrieg 2014, Kriegsende 2015, geplant 2018/19 „Umkämpfte Wege der Moderne 1914-1945“)
- **Forschungslücken** der Stadtgeschichte zur Zeit 1914 bis 1945 – Mitarbeiter arbeiten an der Schließung für Sonderausstellung 2018/19
- Erweiterung des Bereichs zum NS ist nach der Forschungsarbeit an der Sonderausstellung geplant
- Derzeit keine finanziellen und personellen Mittel zur Neukonzeption – Überarbeitung/Neukonzeption der gesamten Ausstellung ab 2020





RÜCKBLICK

❖ Neustrukturierung der Öffentlichkeitsarbeit



von 09 | 2016
bis 08 | 2017

PROGRAMM
Volkshochschule

Bildung verbindet Menschen





NEUE KOOPERATIONSPARTNER



Oberlin-
Werkstätten

Qualifizierung in
Kooperation mit
der IHK für den
Microsoft Office
Bereich

Arbeit und Leben
DGB,
Berlin-
Brandenburg

NEUE KOOPERATIONSPARTNER



Fachstelle
Arbeitsmarktpolitik
und Beschäftigung-
förderung



Gedenk- und
Begegnungsstätte
Leistikowstraße



Neue Wege der
Zusammenarbeit
mit SLB und WIS
im Bildungsforum

INTEGRATION



Berufsbezogene Deutschkurse B2 & C1

- Zugelassen vom BAMF
- Sprachliche Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt
- Zusammenarbeit mit Welcome Integration Network Service Center der IHK



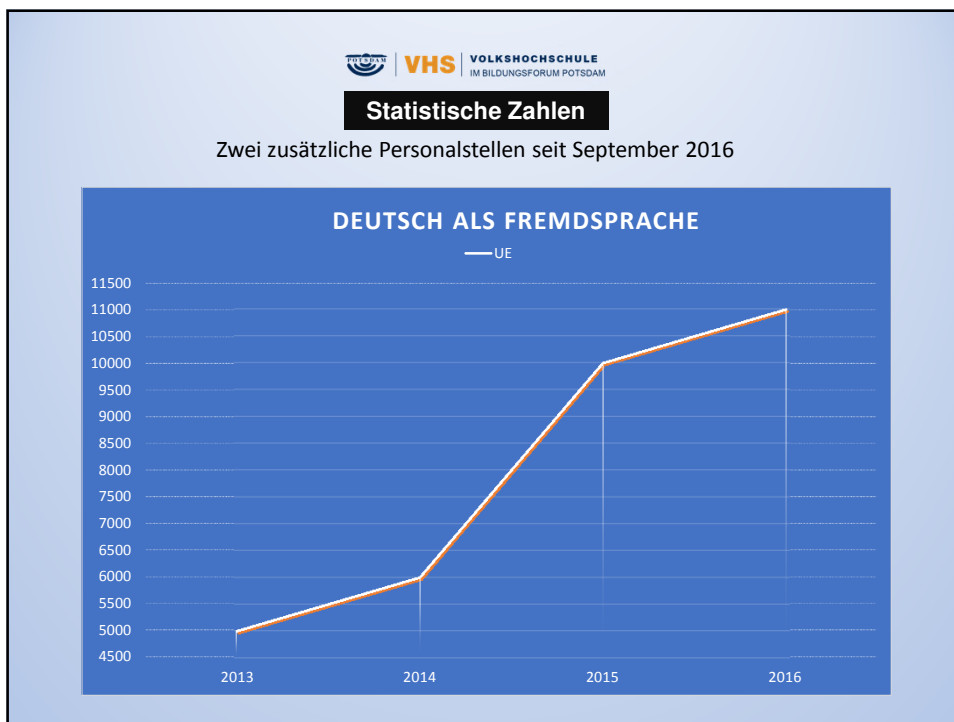
Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“

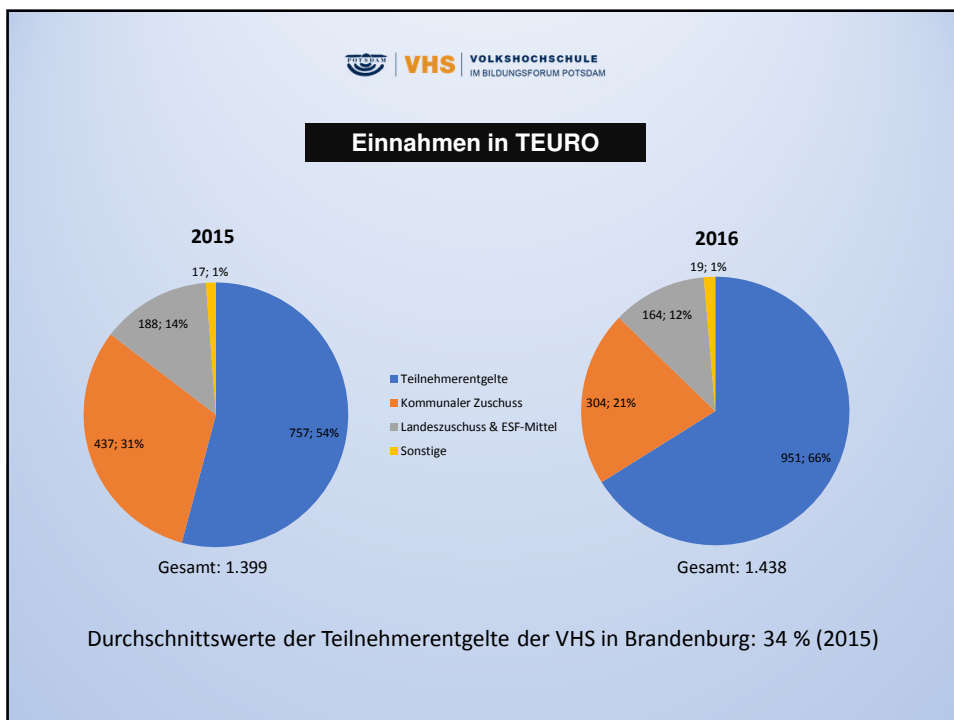
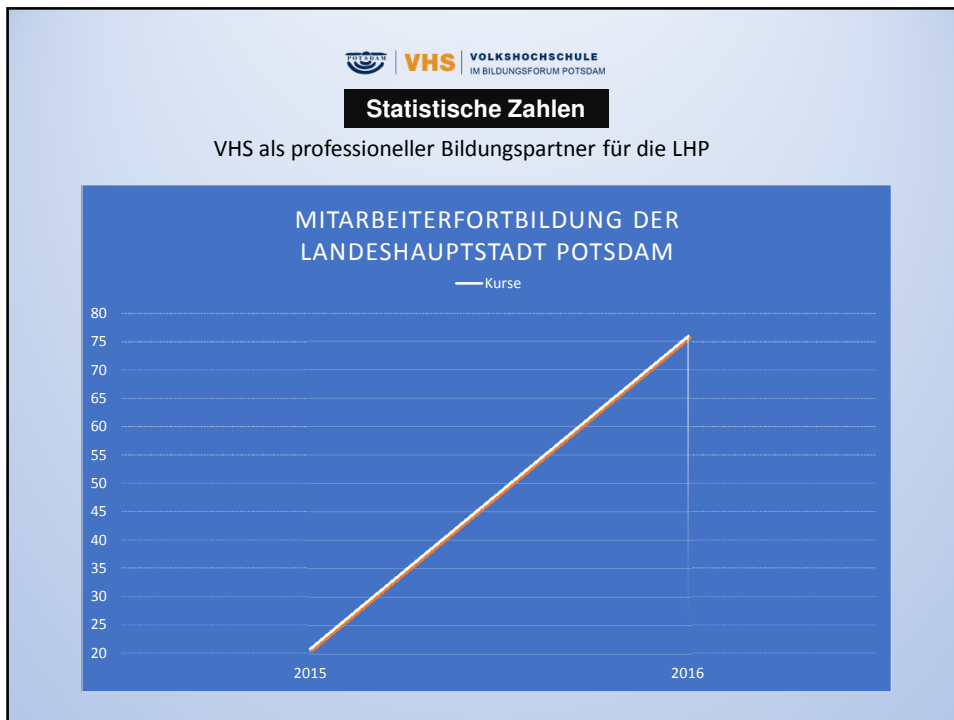
- Ausschreibung vom Brandenburgischer Volkshochschulverband e.V.
- Deutschkurse für Migranten mit reglementierten Berufen wie z.B. Mediziner oder Lehrer
- Vorbereitung auf die sprachlichen Zugangsprüfungen




Weiterbildungspreis 2016 des Landes Brandenburg
für das Projekt „Lernwerkstatt Deutsch“

- offenes kostenloses Angebot zum Deutschlernen
- Zusammenarbeit mit über 70 Ehrenamtlern
- Kooperation mit SLB und Grundbildungszentrum








VHS VOLKSHOCHSCHULE
 IM BILDUNGSFORUM POTSDAM

Volkshochschule im Bildungsforum

Ausblick


- **Qualitätstestierung (AZAV, zusammen mit der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung)**
- **Gründung eines Fördervereins**
- **Vorbereitung auf 100 Jahre VHS Potsdam (2019)**
- **Fotoausstellung ab 1. September "VHS hat viele Gesichter"**



Volkshochschule im Bildungsforum

Ausblick

- Erasmus+
- Zulassungsantrag für Deutschkurse im Bereich akademische Heilberufe (Regelförderung Bund)
- Erhöhung der Dienstleistungsqualität (E-Payment und SEPA-Lastschrift)



Volkshochschule im Bildungsforum

Herausforderungen

- Teilnehmerakquise in allen Stadtteilen, um bestimmte Zielgruppen besser zu erreichen (z.B. Bildungsbenachteiligte)
- Gewinnung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- bessere Wahrnehmung der Volkshochschule als professioneller Anbieter der beruflichen Bildung

23.03.2017

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0014

öffentlich

Betreff:

Umbenennung der Karl-Liebnecht-Straße in 14476 Potsdam

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 06.01.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
25.01.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Karl-Liebnecht-Straße in 14476 Potsdam wird umbenannt in

- Marie-Curie-Straße
- oder
- Sofja-Kowalewskaja -Straße.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dazu ein Votum des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam einzuholen und den Stadtverordneten bis Ende März 2017 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: 05.04.2017

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

In Potsdam gibt es derzeit zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen: einmal in Babelsberg (14482) und einmal in Potsdam-Golm (14476). Das führt insbesondere bei neuen Studierenden aber auch bei Gästen der Wissenschaftseinrichtungen in Golm regelmäßig zu Verwirrungen.

Hauptanrainer der Karl-Liebknecht-Straße in Potsdam-Golm ist die Universität Potsdam. Hier sind insbesondere die Mathematik, Naturwissenschaften und Kognitionswissenschaften untergebracht; hier bestehen enge wissenschaftliche Kooperationen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort Golm, die ebenso in naturwissenschaftlichen Forschungsfeldern arbeiten. Eine Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in Marie-Curie-Straße oder Sofia Kowalewskaja-Straße trägt damit der 25-jährigen Entwicklung zu einem national und international hoch beachteten Wissenschaftsstandort Rechnung.

Die Entscheidung darüber, ob die Straße nach der zweifachen Nobelpreisträgerin Marie Curie oder nach der Mathematikerin Sofia Kowalewskaja benannt wird, sollte unter Mitwirkung des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam erfolgen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

Erstellungsdatum 14.02.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.02.2017	Kulturausschuss	X	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung die Ds 17/SVV/0014 in folgender Neufassung beschließen:

Die Karl-Liebknecht-Straße im Ortsteil Golm wird unbenannt in

Karl-Liebknecht-Chaussee.

Begründung:

Derzeit gibt es in Potsdam zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen. Es erscheint aber nicht schlüssig, die Straße im Ortsteil Golm umzubenennen, da die Benennung aufgrund eines historischen Bezuges erfolgte. Am 31.10.1910 sprach Karl Liebknecht in Golm über den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht.

Nach der demokratischen Revolution 1848/49 führte König Friedrich Wilhelm IV. für die preußischen Abgeordnetenhauswahlen das Dreiklassenwahlrecht ein. Die Wähler erhielten ein nach ihrer Steuerleistung in drei Abteilungen abgestuftes Stimmengewicht. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus war angelehnt an das in der Rheinprovinz seit 1845 auf kommunaler Ebene geltende Dreiklassenwahlrecht. Bei Kommunalwahlen in Essen führte dieses dazu, dass Alfred Krupp allein ein Drittel der Mitglieder des Stadtrates bestimmte. Das preußische Dreiklassenwahlrecht wurde während seiner Gültigkeit von fortschrittlichen Kräften entschieden kritisiert und mit dem Ende der Monarchie abgeschafft.

Um die Namensgleichheit mit der Straße in Babelsberg aufzuheben und Verwechslungen zu vermeiden, schlagen wir daher eine Benennung vor, die den Namen Karl Liebknecht beibehält, aber dennoch für eine eindeutige Unterscheidung sorgt.

gez. Julia Laabs und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

 öffentlich**Einreicher: David Kolesnyk, SPD-Fraktion****Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam (OT Golm)**

Erstellungsdatum 16.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	x	
16.02.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister soll prüfen, inwieweit eine Benennung der Straßen auf dem Universitätsgelände möglich ist. Die Universität müsste in diesem Zusammenhang in jedem Falle selbst die Kosten für Änderungen von Visitenkarten, Briefbögen und ähnlichem tragen. Entsprechende Gespräche mit der Universität sollen geführt werden.

Begründung:

Bei Umbenennung der gesamten Straße sind auch Haushalte betroffen, die selbst überhaupt kein Problem mit der derzeitigen Bezeichnung haben. Um unnötigen Aufwand und Unstimmigkeiten zu vermeiden, scheint es zielführender, wenn bisher unbenannte Straßen auf dem Universitätsgelände mit Namen versehen werden. Dann kann die Universität selbst in Zukunft auf diese Adressen verweisen. Zu klären ist jedoch, dass die Landeshauptstadt Potsdam dadurch keine Kosten durch Neubeschriftungen und ähnliches tragen muss.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0161

öffentlich

Betreff:

Evaluation im Potsdam Museum

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teile der Dauerausstellung des Potsdam Museums, die die Zeit von 1933 bis 1945 und von 1945 bis 1990 gewidmet sind, zu evaluieren und auf dieser Grundlage neu zu konzipieren.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2017 dazu ein Sachstandsbericht zu geben.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Einschätzungen des Museumsverbandes haben auch kritische Aspekte zur Dauerausstellung zu diesen Zeiten aufgeworfen. Überlegungen aus im Potsdam Museum stattgefundenen Konferenzen und neue Forschungsergebnisse können in eine Weiterentwicklung der Gesamtausstellung, insbesondere für die NS-Zeit und die Zeit in der DDR eingebracht werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0220

öffentlich

Betreff:

Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 02.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.04.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ein Konzept zu entwickeln, alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien Service bis zum September 2017 vorzubereiten, wobei durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufer erfolgen muss;
2. der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt;
3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Preußenhalle wird von vielen Vereinen regelmäßig für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen genutzt. Sie bedarf allerdings dringend einer grundhaften Sanierung. Insbesondere hinsichtlich der in den vergangenen Jahren rasant gestiegenen Einwohnerzahl der Waldsiedlung, wie auch die Einbindung der dortigen Flüchtlingsunterkunft hat den diesbezüglichen Handlungsdruck deutlich erhöht. Nach Auskunft der Verwaltung und des Kommunalen Immobilien Service (KIS) ist eine Sanierung im Rahmen der freiwilligen Aufgaben unter Umständen nicht darstellbar. Um den Stadtteil und die dort aktiven Vereine gleichwohl weiterhin mit Räumlichkeiten für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen versorgen zu können, bleibt als Alternative noch die Veräußerung der Preußenhalle an einen privaten Träger, wobei die Belange der Bürger und Vereine mit entsprechenden Auflagen und Regelungen zu sichern sind.

In der Vergangenheit gab es bereits Gespräche und Interessenbekundung am Kauf der Halle, so dass ein Kauf und die anschließende Sanierung eine vielversprechende Alternative für eine Sanierung und weitere Nutzung der Halle ist.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0242

Betreff:
Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum 09.03.2017

Eingang 922: 10.03.2017

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.04.2017 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zur Umsetzung der Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2013/14 (Anlage).



Bürgerhaushalt 2013/14

***Rechenschaftsbericht zur
Umsetzung der Bürgervorschläge***

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2013/2014



Mit dem ersten Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam wurde ebenfalls der erste Potsdamer Bürgerhaushalt für zwei Jahre aufgestellt. In einem rund sechsmonatigen Partizipationsprozess beteiligten sich mehr als 8.000 Potsdamerinnen und Potsdamer. Insgesamt wurden 545 Vorschläge eingereicht, diskutiert und bewertet. Mittels mehrerer Abstimmungsphasen wurde eine Liste der am besten bewerteten Bürgeranregungen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 ermittelt.



Die Liste der 20 wichtigsten Vorschläge wurde am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Fachausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 8. Mai 2013 entschied die Stadtverordnetenversammlung über den Bürgerhaushalt 2013/2014. Von den 20 wichtigsten Bürgeranregungen wurden zehn Vorschläge angenommen oder als „bereits in Umsetzung“ vermerkt, für drei Vorschläge wurden weitergehende Prüfaufträge erteilt und sieben Bürgerideen abgelehnt.



Unterteilt nach der Platzierung der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2013/2014 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014. Weiterhin wurde der Ausblick für kommende Haushaltsjahre ergänzt, wenn eine Umsetzung nach 2014 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

-  > Ja, Umsetzung abgeschlossen / findet statt / in Planung. (12)
 > Nein, Umsetzung kann/soll nicht realisiert werden. (8, davon 7 Ablehnungen)

Zusammenfassung der finanziellen Auswirkungen der Vorschläge des Bürgerhaushalts 2013/2014

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss:	2013	1.121.811 Euro
	2014	1.016.086 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss:	2013	2.249.638 Euro
	2014	2.593.404 Euro

Ausblick ab 2015:

Geplante Erträge / Aufwendungen aus Vorschlägen des Bürgerhaushalt 2013/2014

Erträge 2015 bis 2020:	4.836.250 Euro
Aufwendungen 2015 bis 2020:	41.391.622 Euro

Nr.	Beschluss der StVV	Titel	Ergebnis Ertrag 2013	Ergebnis Ertrag 2014	Ergebnis Aufwand 2013	Ergebnis Aufwand 2014	Kosten-PLAN Aufwand / Ertrag 2015-20
			Euro: 1.121.811	1.016.086	2.249.638	2.593.404	41.391.622 / 4.836.250
1	Annahme	Kein städtisches Geld für Errichtung/Unterhalt Garnisonkirche	0	0	0	0	0
2	Annahme	Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten	0	0	0	0	3.500.000 p.a.
3	Ablehnung	Reduzierung der Fraktionsfinanzierung	-	-	-	-	-
4	Annahme	Stromsparen durch Umrüsten auf LED	0	0	350.000	463.000	2.990.000
5	Annahme	Erhöhung der Hundesteuer	594.781	686.303	5.000	0	0 / 710.000 p.a.
6	Prüfauftrag	Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen	45.430	45.430	1.300.561	1.364.367	14.643.600 / 1.286.250
7	Prüfauftrag	Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung	16.600	44.340	16.600	44.340	0
8	Ablehnung	Krippen- und Kita-Gebühren senken	-	-	-	-	-
9	Annahme	Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren	35.000	70.000	22.850	45.375	0
10	Annahme	Hundekot: Beseitigung einfordern/Unterlassung sanktionieren	0	0	427.602	507.694	1.452.022
11	Ablehnung	Neugestaltung des ÖPNV (unentgeltlich, ticketfrei)	-	-	-	-	-
12	Annahme	Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterst. Maßnahmen	50.000	50.000	48.653	42.453	50.000 p.a.
13	Annahme	Herstellung der barrierefreien Innenstadt	80.000	80.000	78.372	126.175	120.000 p.a.
14	Ablehnung	Städt. Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft	-	-	-	-	-
15	Ablehnung	Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)	-	-	-	-	-
16	Annahme	Babelsberg und Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten	0	0	0	0	2.670.000
17	Ablehnung	Freibad für Potsdams Norden	-	-	-	-	-
18	in Umsetzg.	"Archiv" - endlich dauerhaft sichern	300.000	40.013	0	0	536.000
19	Ablehnung	Breite Straße: Umbau verschieben (Bezug Garnisonkirche)	-	-	-	-	-
20	Prüfauftrag	Sportforum Waldstadt: Umwandlung in Kunstrasen	0	0	0	0	750.000

LBB-Nr. 1 (Drucksache: DS 12/SVV/0759 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, dass sich die Stadt Potsdam finanziell am Aufbau und / oder der Unterhaltung der Garnisonkirche nicht beteiligt.

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche als Denkmal- und Erinnerungsort von nationaler und europäischer Bedeutung wird nicht aus städtischen Geldern finanziert.

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine

Welche Kosten sind entstanden? Keine

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4323>

LBB-Nr. 2 (Drucksache: DS 12/SVV/0760 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (ROT) Schwimmhallen-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, dass das geplante Bad am Brauhausberg nicht mehr als 23 Millionen Euro kosten darf, da diese Summe zur Bürgerbefragung stand.

> In der Sitzung vom 9.9.2013 beschlossen die Stadtverordneten mit großer Mehrheit, die Stadtwerke zu ermächtigen, mit den drei Preisträgern des Badwettbewerbs Verhandlungen über ein Generalplanerverfahren und eine Realisierung des Badprojekts aufzunehmen.

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Stadtwerke Potsdam GmbH sind Bauherr der Investitionsmaßnahme, tragen die Baukosten und nehmen dafür entsprechende Kredite in Anspruch. Die Landeshauptstadt Potsdam hat ihren jährlichen Zuschuss für die Betreibung auf bis zu 3,5 Mio. Euro begrenzt. Derzeit werden die Baukosten bei den Stadtwerken auf insgesamt 39,7 Mio. Euro angegeben (Stand 17.10.16).

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6142>

LBB-Nr. 3 (Drucksache: DS 12/SVV/0761 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Kurzfassung: Zur Realisierung von Bürgervorschlägen wird eine Reduzierung der Finanzierung der Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung um 25% vorgeschlagen.

> Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung, mit Bezug auf Probleme bei einer Änderung der Finanzierung innerhalb einer Wahlperiode

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine

Welche Kosten sind entstanden? Keine

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4365>

LBB-Nr. 4 (Drucksache: DS 12/SVV/0762 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Stromsparen durch Umrüsten auf LED

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, die Ausgaben für Stromkosten zu reduzieren. Dafür soll eine Umrüstung sämtlicher Ampellichter auf LED erfolgen.

> *Annahme der Stadtverordnetenversammlung, mit folgender Ergänzung: "...im Zuge der planmäßigen Erneuerung..."*

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: In den Jahren 2013 bis 2015 konnten 28 Lichtsignalanlagen modernisiert und mit stromsparenden LED Signalen ausgestattet werden. Die Kosten betragen rund 1.283.000 Euro. Die Planungen für die Jahre 2016 bis 2020 sehen die Modernisierung von weiteren 41 Lichtsignalanlagen vor. Die geplanten Kosten werden mit rund 2.520.000 Euro beziffert.

Welche Kosten sind entstanden? Die folgenden Zahlen sind die Gesamtkosten für die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen.

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	350.000 EUR	463.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kosten-Ergebnis:	2013	2014
Aufwand:	350.000 EUR	463.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: 2.990.000 EUR von 2015 - 2020

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	470.000	530.000	660.000	470.000	470.000	390.000
Ertrag:	0	0	0	0	0	0

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6143>

LBB-Nr. 5 (Drucksache: DS 12/SVV/0763 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Erhöhung der Hundesteuer

Kurzfassung: Es wird vorgeschlagen, die Hundesteuer zu erhöhen.

> *Annahme der Stadtverordnetenversammlung, als "in Umsetzung" bestätigt*
 > *gem. Beschluss zur "Änderungssatzung Hundesteuer" - vgl. Drucksache 13/SVV/0090, die Erhöhung der Steuersätze für die Hundesteuer führt zu jährlichen Mehrerträgen von rund 170.000 Euro.*

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Mehreinnahmen durch die Hundebestandsaufnahme und durch die Hundesteuererhöhung: 2013: 71.000 Euro und 2014: 139.000 Euro. Die Erträge der Hundesteuer betragen insgesamt: 2013: 594.781 Euro, 2014: 686.303 Euro, 2015: 715.666 Euro. Die geplanten Erträge für das Jahr 2016 betragen 710.000 Euro.

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	6.500 EUR	0 EUR
Ertrag:	530.000 EUR	530.000 EUR

Kosten-Ergebnis:

Aufwand:	5.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	594.781 EUR	686.303 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015: 710.000 EUR Ertrag / Jahr

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0	0	0	0	0	0
Ertrag:	710.000	710.000	710.000	710.000	710.000	710.000

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4233>

LBB-Nr. 6 (Drucksache: DS 12/SVV/0764 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (GRÜN) Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle einzurichten, die als Ansprechpartner während der gesamten Unterrichtszeit und mit eigenen Räumlichkeiten, für die Interessen...

Kurzer Ausblick / Ergebnis der Prüfung: Auf der Grundlage geführter Diskussionen wurde bis März 2015 ein Rahmenkonzept für die schüler/innenbezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt. In den Jahren 2013 und 2014 wurden 10 Schulsozialarbeiter finanziert. Ab 2016 erfolgt eine Jährliche Aufstockung um je 5 Schulsozialarbeiter. Seit dem 01.08.2016 wurden 5 zusätzliche Schulsozialarbeiter eingestellt. In den kommenden Jahren werden je 5 weitere Schulsozialarbeiter zusätzlich eingestellt.

Kosten-Planung:

	2013	2014
Aufwand:	1.484.400 EUR	1.510.000 EUR
Ertrag:	45.430 EUR	45.430 EUR

Kosten-Ergebnis:

Aufwand:	1.300.561 EUR	1.364.367 EUR
Ertrag:	45.430 EUR	45.430 EUR

Ausblick:

Kosten-Planung ab 2015 in Summe: Aufwand 14.643.600EUR, Ertrag: 1.286.250 EUR

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	1.599.600	1.623.600	2.457.600	2.769.500	3.086.000	3.407.300
Ertrag:	97.500	146.250	195.000	243.750	292.500	341.250

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4310>

LBB-Nr. 7 (Drucksache: DS 12/SVV/0765 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (GRÜN) Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird die Fortschreibung und Erweiterung des Potsdamer Radverkehrskonzept (u.a. umfangreicher Ausbau des Radwegenetzes; Trennung und Priorisierung gegenüber dem motorisierten Verkehr, mehr...

Ergebnis der Prüfung / Ausblick Umsetzung: Im Zuge der in 2008 beschlossenen Umsetzung des Radverkehrskonzepts wurden die „prioritären Radrouten“ (Radrouten mit einer vordringlichen Verbindungsfunktion) im Jahr 2015 abgeschlossen. Bezüglich der Fahrradabstellmöglichkeiten ist unter anderem am Hauptbahnhof eine Fahrradstation mit bewachten Fahrradstellplätzen sowie am Bahnhof Charlottenhof eine deutliche Erweiterung vorgenommen. Die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts wurde im September 2013 beauftragt und im Frühjahr 2017 den Stadtverordneten zum Beschluss vorgelegt. Die Bürgerinnen und Bürger werden an der Erstellung der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts beteiligt. Die Kosten für die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts betragen 61.000 Euro. Nach Einstellung der entsprechenden Haushaltsmittel kann mit der Planung um Umsetzung dieser Maßnahmen ab 2017 begonnen werden.

Welche Kosten wurden bereitgestellt?

Fortschreibung insgesamt 61.000 EUR in 2013 und 2014

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	16.660 EUR	44.340 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kosten-Ergebnis:		
Aufwand:	16.660 EUR	44.340 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: Nach 2014 wurde die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts in Eigenleistung weiter bearbeitet.

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6144>

LBB-Nr. 8 (Drucksache: DS 12/SVV/0766 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Krippen- und Kita-Gebühren senken

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, die Bemessung der Krippen- und Kita-Gebühren nicht nach dem Bruttogehalt und Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) zu berechnen. Die Kitagebühren sollten gesenkt oder ein kostenfreier Zugang zur Verfügung gestellt werden.

> *Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung, jedoch mit Hinweis zu einem anderen angenommenen Ergänzungsantrag zum Haushalt 2013/14: "... die Elternbeitragsordnung [ist] so zu überarbeiten, dass KEINE Beitragspflicht für Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu 12.500 € mehr besteht".*

Kurzer Ausblick: In der Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten (Kita und Tagespflegestellen) der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Satzung) vom 01.01.2016 wurden die Beitragssätze überarbeitet. Die Beitragsdeckelung ab einem Jahreseinkommen von mehr als 77.001 EUR wird mit Wirkung zum 01.09.2015 aufgehoben

und auf nunmehr 149.001 EUR festgesetzt. Die Beitragsfreiheitsgrenze wurde erneut, nunmehr von 12.500,99 EUR auf 17.000,99 EUR, angehoben.

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4329>

LBB-Nr. 9 (Drucksache: DS 12/SVV/0767 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird die Fortführung von Lehrer-Vertretungsfonds der Stadt Potsdam, um Ausfallstunden oder Zusammenlegungen von Klassen zu vermeiden.

> *Annahme der Stadtverordnetenversammlung, mit folgender Ergänzung: "..., obwohl hierfür eigentlich das Land Brandenburg zuständig ist."*

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Lehrkräfte stehen im Dienstverhältnis zum Land Brandenburg. Daneben kann der Schulträger Personen zur Unterstützung der Lehrkräfte einsetzen, ohne dass dazu eine Verpflichtung des Trägers besteht. Um Unterrichtsausfall an Potsdamer Schulen zu begegnen, wurden einmalig im Doppelhaushalt 2013/14 insgesamt rund 70.000 Euro für Ersatzlehrer an allgemeinbildenden Schulen mit Primarstufe bereit gestellt.

	2013	2014
Kosten-Planung:		
Aufwand:	35.000 EUR	70.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kosten-Ergebnis:		
Aufwand:	22.860 EUR	45.375 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4237>

LBB-Nr. 10 (Drucksache: DS 12/SVV/0768 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Hundekot: Beseitigung stärker einfordern / Unterlassung sanktionieren

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, auf die Beseitigung von Hundekot stärker zu achten. Die Kontrolle soll im bürgerschaftlichen Engagement, als auch mit Sanktionen des städtischen Ordnungsamts verstärkt werden.

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Das von den Stadtverordneten bestätigte Handlungskonzept Papierkörbe beinhaltet folgende Maßnahmen: Erhöhung der Anzahl der Hundekottütenspender (ca. 120 Stk), Ersatz nicht krähensicherer Papierkörbe, Austausch zu kleiner Behälter, Einbau 4 weiterer Unterflurbehälter, Anpassung des Tourenplans zur Entleerung (saisonal anpassen), regelmäßige Wartung. Die Umsetzung soll bis Ende 2017 erfolgen. In 2013 und 2014 wurden insgesamt rund 935.000 Euro aufgewendet. Von 2015 bis 2017 sind 1.450.000 Euro geplant.

	2013	2014
Kosten-Planung:		
Aufwand:	426.500 EUR	441.728 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kosten-Ergebnis:

Aufwand:	427.602,13 EUR	507.693,80 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 – 2017 in Summe: 1.452.022 Euro

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017
Aufwand:	577.141	435.323	439.591
Ertrag:	0	0	0

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4319>

LBB-Nr. 11 (Drucksache: DS 12/SVV/0769 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Neugestaltung des öffentlichen Nahverkehr (unentgeltlich, ticketfrei)

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird eine Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in Potsdam. Ziel ist die Umsetzung eines kostenlosen, ticketfreien öffentlichen Nahverkehrs...

> *Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung. Daneben wurde der Oberbürgermeister mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 13. Dezember 2012 mit Drucksache 13/SVV/0203 beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die den Denkansatz des "Ticketfreien ÖPNV" für die Landeshauptstadt Potsdam berät. Dabei sollen auch die Aspekte des Bürgerhaushaltsvorschlags thematisiert werden. Über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurde in der Stadtverordnetenversammlung in regelmäßigen Abständen berichtet.*

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine, da Ablehnung

Welche Kosten sind entstanden? Keine, da Ablehnung

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4315>

LBB-Nr. 12 (Drucksache: DS 12/SVV/0770 / Beschluss StVV: Annahme/Prüfung)

●●● (GRÜN) Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird die Überprüfung der Verkehrswege um Kindereinrichtungen von Kita, Hort, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an und auf den Wegen dahin. Generell sollten mehr Einrichtungen geschaffen...

Ergebnis der Prüfung / Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die im Schulwegsicherungskonzept getroffenen Festlegungen erfahren eine Aktualisierung im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Verkehrsschauen. Darüber hinaus sind Hinweise seitens der Bürgerschaft und von Schulen eingegangen, die von der Straßenverkehrsbehörde weitergehenden Überprüfungen unterzogen wurden. Zudem wurden in Verantwortung des Stadtjugendringes bzw. des Kinder- und Jugendbüros in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen durch geeignete Formen (wie Spielplatzkommission, Kiezdetektive etc.) Schulwegsicherheit durch Kinder "gemessen" und für die Jugendhilfe- und Schulwegsicherungsplanung verwertet (Drewitz, Babelsberg, Innenstadt, West).

Derzeit wird das Schulwegsicherungskonzept überarbeitet. Darin enthalten sind bspw. signaltechnische Maßnahmen an der Pappelallee / Georg-Hermann-Allee, die Verlegung des Fußgängerübergangs in der Rudolf-Breitscheid-Straße zwischen der Fontane- und Reuterstraße und eine Querungshilfe in der Alexander-Klein-Straße (Karl-Foerster-Schule / Sportplatz). Eine Aktualisierung des Schulwegsicherungskonzeptes ist für 2017 geplant.

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	50.000 EUR	50.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kosten-Ergebnis:		
Aufwand:	48.653 EUR	42.453 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: jährlich 50.000 EUR

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Ertrag:	0	0	0	0	0	0

Langfassung: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/6145>

LBB-Nr. 13 (Drucksache: DS 12/SVV/0771 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Herstellung der barrierefreien Innenstadt

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird eine Herstellung von barrierefreien Überwegen und Parkplätzen in der Potsdamer Innenstadt und im Holländischen Viertel.

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Zur Umsetzung von kleinteiligen Maßnahmen im Rahmen des Beschlusses von Barcelona standen bis 2014 jährlich 80.000 EUR zur Verfügung. Im Haushalt 2015 wurden zusätzlich 40.000 EUR bereitgestellt, so dass in 2015 und den Folgejahren je 120.000 EUR für die behindertengerechte Gestaltung für Umbaumaßnahmen an Verkehrsanlagen zur Verfügung stehen.

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	80.000 EUR	80.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kosten-Ergebnis:		
Aufwand:	78.372 EUR	126.175* EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

*inkl Rückstellung aus 2012

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: 120.000 EUR pro Jahr

Langfassung: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/4320>

LBB-Nr. 14 (Drucksache: DS 12/SVV/0772 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, einen Sachkostenzuschuss der Stadt Potsdam für alle Schulen in freier Trägerschaft einzurichten.

> *Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung, da es sich hierbei vorwiegend um eine Landesaufgabe handelt, die die Landeshauptstadt Potsdam nicht freiwillig erbringen kann.*

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine, da Ablehnung

Welche Kosten sind entstanden? Keine, da Ablehnung

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2262>

LBB-Nr. 15 (Drucksache: DS 12/SVV/0773 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)

Kurzfassung: Es wird vorgeschlagen, die Attraktivität Potsdams zu steigern, in dem regelmäßige autofreie Sonntage eingeführt werden. Als Beispiel soll dafür die Stadt Hannover dienen (Fahrrad-Sternfahrt, Markt der...

> *Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung*

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine, da Ablehnung

Welche Kosten sind entstanden? Keine, da Ablehnung

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2345>

LBB-Nr. 16 (Drucksache: DS 12/SVV/0774 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● (GRÜN) Babelsberg und Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, Fußballplätze und Freizeitflächen am Babelsberger Park einzurichten.

> *Annahme der Stadtverordnetenversammlung, mit folgender Formulierung: "Vorbehaltlich der planungsrechtlichen Möglichkeit, ist der Fußballplatz am Babelsberger Park zu bauen. Die „Sandscholle“ ist im Rahmen des Sportentschließungsplanunes zu betrachten. Für den Potsdamer Norden kann die Schaffung eines neuen Sportgeländes im Bornstedter Feld die beste eine geeignete Lösung darstellen."*

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Das Gesamtprojekt "Fussballplatz Babelsberger Park" wurde 2015/2016 komplett realisiert und aus Kreditmitteln des Kommunalen Immobilien Service (KIS) in Höhe von 470.000 EUR finanziert. Im Sommer 2016 wurden die Arbeiten am Sportplatz in der Kirschallee umgesetzt. Die Kosten betragen rund 300.000 EUR. Daneben ist die Errichtung eines neuen Sportplatzes im Potsdamer Norden (Am Lerchensteig) bis Ende 2019 geplant. Die geplanten Kosten betragen rd. 1,9 Mio. EUR.

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kosten-Ergebnis:

Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: 2.670.000 EUR

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	470.000	300.000	0	0	1.9 Mio	0
Ertrag:	0	0	0	0	0	0

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4327>

LBB-Nr. 17 (Drucksache: DS 12/SVV/0775 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Freibad für Potsdams Norden

Kurzfassung: Freibad für Potsdams Norden

> *Ablehnung* durch die Stadtverordnetenversammlung, da mit der Entscheidung, ein Bad am Brauhausberg zu bauen, ein Freibad für den Potsdamer Norden nicht mehr realisierbar ist.

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine, da Ablehnung

Welche Kosten sind entstanden? Keine, da Ablehnung

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2296>

LBB-Nr. 18 (Drucksache: DS 12/SVV/0776 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● (GRÜN) "Archiv" - endlich dauerhaft sichern

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, dem Archiv e.V. die noch benötigten Gelder für die Sanierung zur Verfügung zu stellen und dem Verein das Eigentum am Gebäude...

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurden bis dato für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes insgesamt 625.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Verein ist bestrebt, die Voraussetzungen für die brandschutztechnischen und substanzsicherungstechnischen Baumaßnahmen zu schaffen und diese umzusetzen.

Kosten-Planung:

	2013	2014
Aufwand:	300.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kosten-Ergebnis:

Aufwand:	40.013 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: 625.000 EUR

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6146>

LBB-Nr. 19 (Drucksache: DS 12/SVV/0777 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (ROT) Breite Str.: Umbau verschieben (erst nach Finanzierung Garnisonkirche)

Kurzfassung: Es wird vorgeschlagen, mit dem Umbau der Breiten Straße zu warten, bis die Garnisonkirche finanziell gesichert ist.

> *Ablehnung durch die Stadtverordnetenversammlung, da der Umbau der Breiten Straße bereits stattfindet und unabhängig von der Errichtung der Garnisonkirche betrachtet wird.*

Welche Maßnahmen wurden getätigt? Keine, da Ablehnung

Welche Kosten sind entstanden? Keine, da Ablehnung

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6147>

LBB-Nr. 20 (Drucksache: DS 12/SVV/0778 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (GRÜN) Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen

Kurzfassung: Vorgeschlagen wird, den Schotterplatz im Sportforum Waldstadt in einen Kunstrasenplatz / Rasenplatz umzuwandeln.

Ergebnis der Prüfung / Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Ende des Jahres 2016 wurde die Kostenplanung für die Errichtung des Kunstrasenplatzes auf der Tenne Waldstadt I des SV Turbine Potsdam durchgeführt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 750.000 Euro. Es ist geplant, die Maßnahme bis Ende 2019 abzuschließen und dem Verein zur Nutzung zu übergeben.

Kosten-Planung:	2013	2014
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kosten-Ergebnis:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kosten-Planung ab 2015 in Summe: 750.000 EUR

Kostenplan (in EUR):	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0	0	50.000	300.000	400.000	0
Ertrag:	0	0	0	0	0	0

Langfassung: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4322>



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen
Strategische Steuerung, Projektteam Bürgerhaushalt
Friedrich-Ebert-Straße 79-81 | 14469 Potsdam
Telefon: 0331 289-1120 | Fax: 0331 289-841120
Email: buengerhaushalt@rathaus.potsdam.de
Redaktionsschluss: 20.1.2017

www.potsdam.de/buengerhaushalt



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0259

öffentlich

Betreff:

Aufnahme von Jakob Kaiser in den Straßennamenpool

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 14.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.04.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung nimmt den Namen „Jakob Kaiser“ in den Namenspool für Straßen, Plätze usw. auf.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Buchbinder Jakob Kaiser (geb. 1888, gest. 1961) gehörte in der Weimarer Republik der Zentrumspartei an und war in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung aktiv. 1934 schloss er sich der Widerstandsbewegung an. Wegen des dringenden Verdachtes hochverräterischer Betätigung war er 1938 mehrere Monate in Gestapo-Haft. Nach 1941 setzte er seine Widerstandstätigkeit fort. Der Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944 konnte er durch Flucht entgehen und sich in einem Kellerversteck bis zum Kriegsende in der heutigen Hermann-Maaß-Straße bei der Witwe Gertrud Droste in Potsdam-Babelsberg versteckt halten und so dem Tode entgehen. Er überlebte als einziger aus dem engeren Kreis des gewerkschaftlichen Widerstands in Berlin. Seine Frau Therese und die ältere Tochter Elisabeth kamen in Sippenhaft.

Nach dem Krieg gehörte Kaiser zu den Mitbegründern der CDU in der sowjetischen Besatzungszone. Er kämpfte erfolglos gegen die immer tiefer werdende Kluft zwischen den Besatzungszonen sowie gegen die Umwandlung der Ost-CDU in eine Blockpartei.

Danach Mitbegründer der CDU Deutschlands. Er war erster gesamtdeutscher Minister in mehreren Kabinetten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0283

öffentlich

Betreff:

Studentenwohnen "Zimmerfrei Aktion"

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 20.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.04.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Studentenwerk Potsdam Gespräche zu führen, mit welchen Kampagnen, unterstützt durch die Stadt Potsdam, das Zimmervermittlungsangebot für Studierende in Potsdam verbessert werden kann.

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Potentiale an leer stehenden Zimmern sind in Potsdam bei Weitem nicht ausgeschöpft. Angesichts der Wohnungsnot Studierender erscheint eine Kampagne "Zimmer frei" sinnvoll, um verstärkt private Vermieter zu akquirieren. Als Vorbild könnte die Plakataktion der Stadt München dienen, die bereits vor Jahren mit großflächiger Plakatierung in Stadt und Umland zahlreiche Privatzimmer in Vermietung brachte. Die Website des Studentenwerks verfügt nicht einmal über eine Privatzimmerbörse. In Bonn lädt beispielsweise www.zimmerfrei-bonn.de Vermieter zum unbürokratischen Zimmerangebot für Studierende ein. Warum nicht www.zimmerfrei-potsdam.de?